



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Solarförderung erhalten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Schleswig-Holstein spricht sich gegen die geplante Kürzung der Vergütungssätze für Solarstrom aus.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen, um die geplante Kürzung für Solarstrom abzuwehren.

Begründung:

Der Bundesumweltminister hat eine starke Kürzung der Vergütung im EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) für Strom angekündigt, der aus solarer Strahlung gewonnen wird. Danach würde die Vergütung in einem sehr kurzen Zeitraum um mehr als ein Drittel gesenkt.

Diese diskontinuierliche Förderpolitik ist Gift für unsere heimische Solarwirtschaft, die ohnehin durch den harten Winter schon erhebliche Probleme mit der Fertigstellung der Projekte hat.

Die junge Solarbranche setzt gerade auch in SH nach der massiven Finanz- und Wirtschaftskrise positive Wachstumsimpulse in einer fragilen Phase der konjunkturellen Erholung. Die Solarbranche sichert heute bundesweit mehr als 60 000 Arbeitsplätze bei einem Umsatz von neun Milliarden Euro, eine entsprechend wirtschaftlich bedeutende Wertschöpfung wird auch in Schleswig-Holstein generiert.

Die geplante Gesetzesänderung gefährdet bestehende Projekte und Investitionen. Durch die fehlende Planungssicherheit für Unternehmen und Investoren wird der mittelständischen Wirtschaft bereits jetzt schwerer Schaden zugefügt.

Diese „Wachstumsentschleunigungsinitiative“ muss sofort beendet werden.

Sie führt zu einem massiven Arbeitsplatzabbau in Schleswig-Holstein. Eine solche Politik ist in Wirtschaftskrisenzeiten unverantwortlich. Die Bundesregierung setzt die Wettbewerbsfähigkeit einer Zukunftsbranche aufs Spiel.

„Solar kürzen“ auf der einen Seite, „Atom verlängern und Kohle neu bauen“ auf der anderen Seite: Das ist das Gegenteil einer zukunftstauglichen Energiepolitik.

Detlef Matthiessen
Dr. Andreas Tietze
und Fraktion